
I. Die Einladung

Der 7. Juni 1955

Die Geschichte der Moskaureise des Kanzlers begann am Dienstag, dem 7. Juni. An diesem Tag gab es drei Ereignisse, die für die spätere Reise von Bedeutung waren.

Der Brief aus Moskau

Am Nachmittag des 7. Juni fuhr ein Dienstwagen der sowjetischen Botschaft in Paris zur Kanzlei der westdeutschen Botschaft in der Avenue Roosevelt. Der Erste Botschaftssekretär Kostylew hatte sich beim Empfang der Bonner Vertretung telefonisch angemeldet, er habe eine wichtige Nachricht seiner Regierung zu überbringen. Kostylew übergab das Schriftstück seiner Regierung mit einem Begleitschreiben seines Botschafters Winogradow ohne eigene Erklärungen zum Inhalt hinzuzufügen. Er betonte nur erneut die Wichtigkeit der Note seiner Regierung. In der deutschen Botschaft hatte man schon seit der telefonischen Ankündigung gerätselt, was hinter der Moskauer Note stecken würde. Nun versammelten sich alle politischen Mitarbeiter im Dienstzimmer des Botschafters Freiherr Vollrath von Maltzan. Er hatte erst vor drei Wochen die Leitung der Botschaft aus den Händen des ersten Nachkriegsbotschafters Wilhelm Hausenstein übernommen.

Maltzan gab den russischen Text der Note seinem Botschaftsrat Gebhardt von Walther, der vor dem Krieg an der deutschen Botschaft in Moskau tätig gewesen war. Walther konnte an diesem Tag noch nicht ahnen, dass er zehn Jahre später nach Moskau zurückkehren würde, und zwar als Botschafter der Bundesrepublik Deutschland. Die anderen beugten sich über die französische Übersetzung, eine sogenannte

Höflichkeitsübersetzung, die vermutlich noch am gleichen Vormittag in der Pariser Botschaft der Sowjets in aller Eile gefertigt worden war. Man war sich schnell darüber einig: Diese Note würde in Bonn wie eine Bombe einschlagen oder – um es ziviler auszudrücken – sie würde alle anderen politischen Nachrichten des Tages in den Schatten stellen:

Die Sowjetregierung lud Adenauer ein, „in Kürze“ nach Moskau zu kommen und über „die Herstellung der diplomatischen und Handelsbeziehungen“ zu sprechen.¹ Bonn wurde über den wesentlichen Inhalt sofort telefonisch verständigt. Der französische Text folgte mit verschlüsseltem Telegramm. Die Originalschriftstücke aus der sowjetischen Botschaft wurden mit einem der persönlichen Kuriere nach Bonn expediert, die in jenen Jahren noch mehrmals in der Woche mit dem Zug zwischen Bonn und Paris, dem Sitz von Botschaft, NATO und OECD, hin- und herreisten. Ferner wurde noch ein kurzer Drahtbericht abgesandt, in dem lediglich die Uhrzeit der Übergabe in Paris (16.30 Uhr) und die Person des Übermittlers festgehalten wurden.² Letzteres geschieht üblicherweise, um Rückschlüsse ziehen zu können, mit welchem Nachdruck der Absender seine Botschaft in den Arbeitsmechanismus des Empfängers einfüttern wollte.

Es handelte sich bei der Note vom 7. Juni nicht um ein Schriftstück, das von Botschafter zu Botschafter persönlich übergeben und von einer *mission diplomatique*, einer mündlichen Erläuterung des politischen Inhalts, begleitet wurde. Die Übergabe hatte keine spektakulären Elemente. Das Anschreiben des Sowjetbotschafters Winogradow an seinen deutschen Kollegen enthielt außer den üblichen Höflichkeitsfloskeln nur den Hinweis auf die beiliegende Note aus Moskau. Die Sowjets hatten es also vorgezogen, die Note auf „unterer Ebene“ zu überreichen, durch einen ihrer Botschaftssekretäre, der in der Hierarchie unter dem Botschafter, den Gesandten und den Botschaftsräten stand. Das bedeutete also, dass die sowjetische Regierung ihre

Einladung an Bundeskanzler Adenauer nicht mit aufsehenerregenden Fanfarenstößen begleiten wollte. Zunächst nicht. Sie wollte es Bonn überlassen, wie man dort mit der Veröffentlichung der Moskauer Initiative umgehen würde. Jedenfalls wollte sie diesen Anschein erwecken, während sie in Wirklichkeit ihre Einladung doch noch am gleichen Tage publik machte, wie weiter unten geschildert wird. Mit dieser Note, die als erste Sowjetnote direkt an die Bundesregierung gerichtet war, begannen praktisch die „normalen“ bilateralen Beziehungen zwischen Moskau und Bonn³; denn jede Note ist im Grunde gleichbedeutend mit der Anerkennung des Adressaten als eines Mitglieds der Völkergemeinschaft.

Die DDR wird informiert

Am gleichen 7. Juni informierte Chruschtschow als Parteichef der KPdSU das Zentralkomitee der SED schriftlich, die Moskauer Partei halte „den Zeitpunkt für gekommen, Schritte zur Normalisierung der Beziehungen zwischen der UdSSR und Westdeutschland zu unternehmen“⁴. Zur Begründung gab er an, dass mit dem Inkrafttreten der Pariser Verträge eine neue Situation in Europa entstanden sei. Er gab keine langen Erklärungen, worin diese neue Situation bestehe.

Wahrscheinlich hielt der Kreml die Wiedervereinigung Deutschlands unter kommunistischen Vorzeichen seit dem Bonner NATO-Beitritt im Mai 1955 für illusorisch und versuchte stattdessen, im Rahmen einer allgemeinen Konsolidierung der gegebenen Verhältnisse in Europa auch die Beziehungen zwischen Moskau und Bonn zu normalisieren.⁵ Zu dieser neuen Entspannungspolitik seit Stalins Tod gehörten zuvor zwei sowjetische Erklärungen im Januar 1955. Eine war die demonstrative Moskauer Erklärung zur Beendigung des Kriegszustands mit Deutschland, die andere die „Erklärung zur deutschen Frage“ mit neuen

Vorschlägen für gesamtdeutsche Wahlen.⁶ Aber wenn man hierin Indizien für einen Kurswechsel in Moskau sehen will,⁷ dann muss man auch den Teil des Briefs hinzuziehen, in dem Chruschtschow den Genossen der SED erklärte, was sich die Sowjetführung von einer Botschaft in Bonn versprach. Sie solle „in Westdeutschland das Wachstum der Bewegung gegen die bestehende Abhängigkeit der Bonner Regierung von den USA fördern und eine Unterstützung für die Kräfte sein, die für die Durchführung eines unabhängigen außenpolitischen Kurses eintreten“. Hier wird ein Bestandteil der alten Politik sichtbar: Bei aller friedlichen Koexistenz wollte der Kreml nicht auf eine traditionelle subversive Tätigkeit in der Bundesrepublik verzichten, auf die Loslösung des Bonner Staats aus dem westlichen Lager hinarbeiten, also eine durchaus zweigleisige Politik betreiben.

Wirtschaftliche Motive für das sowjetische Interesse an der Bundesrepublik werden in Chruschtschows Schreiben nicht erwähnt. Sie waren aber vermutlich die stärkste Triebfeder. Schon im März 1954 hatte ein hoher französischer Diplomat aus langen Verhandlungen in Moskau die Erkenntnis mitgebracht, dass es in spätestens einem Jahr diplomatische Beziehungen zwischen Moskau und Bonn geben werde, weil die Sowjets der „großen insbesondere wirtschaftlichen Machtstellung, die Westdeutschland in kurzer Zeit errungen hätte“, Rechnung tragen müsse.⁸

Chruschtschow bat also die SED-Führung darum, ihre Meinung zur Normalisierung der Beziehungen mit der Bundesrepublik zu äußern. Man wird dieses Schreiben nicht als eine Einladung zur Konsultation unter gleichgestellten Freunden interpretieren können, schon deshalb nicht, weil zum Austausch von Meinungen keine Zeit übrig blieb. Die Einladung an Adenauer war an diesem Tage schon unterwegs. Aber es war immerhin eine Information, die über das hinausging, was die SED-Führung am nächsten Tag ohnehin in der westdeutschen Presse lesen konnte.

Selbstverständlich erklärte die SED der Moskauer Bruderpartei ihre volle Unterstützung. Man war im Ostberliner Außenministerium schon vor Chruschtschows Brief darauf aufmerksam geworden, dass eine sowjetische Initiative vorbereitet wurde. Bereits seit Mitte Mai hatten Moskauer Medien in auffälliger Weise das Thema der „normalen Beziehungen“ zwischen Moskau und Bonn aufgegriffen.⁹ Der DDR-Botschaft in Moskau war außerdem aufgefallen, dass die sowjetische Berichterstattung über westdeutsche Ereignisse vorsichtiger wurde. Die bis Mitte Mai fast täglichen Berichte über den KPD-Verbotsprozess vor dem Bundesverfassungsgericht wurden eingestellt und andere Negativmeldungen aus der Bundesrepublik nur noch in gekürzter und unkommentierter Form gebracht.¹⁰ Kurzum, die Moskauer Propaganda gegen die Revanchisten und Kriegstreiber am Rhein wurde vorerst eingestellt. Darin brauchte die DDR aber keine Alarmsignale zu sehen.

Auf der obersten Parteischiene war die mündliche Nachricht von der Einladung an Adenauer wohl schon früher nach Ostberlin gelangt. Der DDR-Führung war verständlich, dass der Kreml für den Besuch Adenauers ein günstiges Verhandlungsklima schaffen wollte. Das Ergebnis der sowjetischen Initiative konnte für Ostberlin nur vorteilhaft sein: Entweder würde es bald zwei deutsche Botschaften in Moskau geben, was die sozialistische These von der Zweistaatlichkeit Deutschlands bestätigen würde. Oder aber Adenauer verweigerte sich der Moskauer Einladung, dann könnte man ihn erneut und mit besseren Gründen vor aller Welt als kalten Krieger, als Entspannungsfeind und Kommunistenhasser bloßstellen. Die DDR-Führung war an diesem 7. Juni nun auch formal in Kenntnis gesetzt worden und hatte – zumindest nach dem äußeren Erscheinungsbild – keinen Anlass zur Beunruhigung.

Der neue, ungeliebte Außenminister

Ebenfalls am 7. Juni versammelte sich die Belegschaft des Auswärtigen Amts um 19.15 Uhr im Casino, im 8. Stock des Neubaus hoch über dem Rhein, um mitzuerleben, wie der bisherige Hausherr Adenauer die Leitung des Auswärtigen Amts an Heinrich von Brentano, den Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU im Bundestag, übertrug. In den Reden, die von beiden gewechselt wurden, fand die sowjetische Einladung, die erst vor wenigen Stunden Adenauer und Brentano bekannt geworden war, keine Erwähnung. Es war eine wohlgesittete Amtsübergabe mit Lobpreisungen beiderseits. Dennoch war den Bediensteten des AA ebenso wie allen anderen im politischen Bonn bekannt, dass sich der Kanzler nur widerwillig bereit gefunden hatte, das Außenministerium, das er seit seiner Neugründung im Jahre 1951 selbst geführt hatte, abzugeben.

Mehrere Jahre lang hatte er die Amtsübergabe hinausgezögert und parlamentarische Empfehlungen ignoriert.¹¹ Der Kanzler, der sich lange Zeit den Bankier Abs als Außenminister gewünscht hatte, versuchte die Kandidatur Brentanos dadurch zu umgehen, dass er ihm ein Ministerium für besondere Aufgaben anbot oder ein andermal den Posten eines Sonderbotschafters im Kabinettsrang.¹² Der Druck seiner eigenen Partei auf Adenauer wurde aber im Laufe der Jahre stärker. „Er kam aus einer gewissen Ecke der Unionsfraktion“, wobei der Druck von dem favorisierten Kandidaten von Brentano „gebilligt wurde“, wie Bundestagspräsident Gerstenmaier, der selbst ein Aspirant auf dieses Amt war, kritisch anmerkte.¹³ Adenauer hatte schließlich nachgegeben, aber in einem Brief an Brentano klar gemacht, dass er in den wichtigsten Gebieten der Außenpolitik weiterhin das Heft in der Hand behalten werde. Dazu gehörten die Beziehungen zu den USA und zur Sowjetunion.¹⁴ Er hatte in den vergangenen Jahren gelegentliche Meinungsverschiedenheiten mit von Brentano gehabt, wenn es um

die prekäre Balance zwischen Westbindung und Wiedervereinigung ging. Brentanos politisches Denken kreiste um die deutsche Einheit.¹⁵ Außerdem vermutete man eine persönliche Distanz oder gar Antipathie des Kanzlers zu dem Jungesellen und Schönggeist erkennen zu können. Heinrich von Brentano di Tremezzo pflegte seine familiären Wurzeln in Italien, verbrachte nach Möglichkeit jeden Urlaub in Rom und las bei seiner Zeitungslektüre die Feuilletons vor den politischen Seiten. Er war oft die Zielscheibe von Bemerkungen wie der des rheinischen Bankiers Robert Pferdmeniges zu seinem Freund und Landsmann Adenauer: „Der Herr von Brentano sitzt gut zu Tisch.“¹⁶ Brentano rauchte täglich vier bis sechs Packungen Zigaretten. In der Gegenwart des Kanzlers unterließ er das Rauchen, litt aber dabei entsetzliche Qualen.¹⁷

Vor der Feierstunde im Casino hatte der Kanzler seinen neuen Minister zu einem Vieraugengespräch in sein Büro gebeten.¹⁸ Es gibt hierzu keine Aufzeichnung. Das Gespräch kann sich um die beiden Staatssekretäre im außenpolitischen Bereich, Globke (Bundeskanzleramt) und Hallstein (Auswärtiges Amt), gedreht haben, zu denen Brentano von Anfang an ein problematisches Verhältnis nachgesagt wurde.¹⁹ Man wird aber auch unschwer vermuten können, dass Adenauer seinem Nachfolger die Grenzen seiner Selbständigkeit nochmals eindringlich einprägte. Dennoch kam es in den kommenden Wochen der Vorbereitung auf die Moskaureise so wie in den Moskauer Tagen selbst zu deutlichen Divergenzen bei taktischen, aber auch bei substantiellen Fragen, bei denen der Kanzler sich jedoch stets durchsetzte.²⁰ Es war sicherlich eine ironische Übertreibung, aber doch auch eine Aussage mit wahren Kern, als Adenauer nach der Rückkehr aus Moskau auf die Frage, wer denn in Moskau sein härtester Gegner gewesen sei, mit seinem bekannten Pokerface antwortete: der Herr Brentano.²¹

Die Einladung wird publik

Am Abend seiner Amtseinführung gab es für den neuen Außenminister Grund, im Kreise seiner Freunde ausgiebig zu feiern,²² als gegen 20.15 Uhr eine Blitzmeldung der Nachrichtenagenturen ap und dpa aus Moskau über die Ticker lief.²³ Offensichtlich hatten die Sowjets ihre Einladung doch nicht geheim halten wollen. Schon am späten Nachmittag hatte sich Kostylew, der Überbringer der Note, telefonisch vergewissert, ob die Texte bereits dem Botschafter von Maltzan übergeben worden seien. Daraus hatte man in Moskau wahrscheinlich berechnet, wann diese Note in den Händen des Bundeskanzlers sein würde und wenig später zu einer Pressekonferenz im sowjetischen Außenministerium eingeladen.²⁴

Alle Journalisten in Bonn eilten mit der Agenturmeldung zu den Telefonen und suchten die üblichen Empfangssäle der Stadt nach der politischen Prominenz ab.²⁵ An Adenauers Privattelefon in Rhöndorf meldete sich der jüngste Sohn Georg (23): „Mein Vater kann heute leider keine Erklärung mehr abgeben.“ Brentano feierte und war nirgends zu finden. Hallstein, der auf einem Empfang aufgetrieben wurde, gab sich wortkarg. Die SPD-Fraktion machte einen Schiffsausflug auf dem Rhein. Der FDP-Außenpolitiker und spätere Botschafter in Belgrad, Karl Georg Pfeleiderer, gab in die Notizblöcke der Journalisten zu bedenken, dass die Sowjets wahrscheinlich mit Bedacht und Delikatesse den Freiherrn von Maltzan als Empfänger ihrer Note gewählt hätten. Schließlich sei es sein Vater, Ago von Maltzan gewesen, der 1922 als Leiter der Ostabteilung (und späterer Staatssekretär) des AA den Reichskanzler Wirth und den widerstrebenden Außenminister Rathenau zum Abschluss des Rapallo-Vertrags gedrängt hatte.²⁶ In diesem überraschend geschlossenen Vertrag der beiden Außenseiter hatten Deutschland und Sowjetrußland damals auf gegenseitige Entschädigungsleistungen verzichtet und diplo-

matische Beziehungen vereinbart. Das Stichwort „Rapallo“ kam somit schon in den ersten Stunden auf und blieb in der Debatte um die Moskauer-Reise lebendig als Synonym für den Verdacht, zwischen Moskau und Bonn bahne sich erneut hinter dem Rücken der westlichen Welt eine geheime Verständigung an.

Zu dieser Stunde am Abend des 7. Juni wusste aber kaum jemand mehr, als dass es eine überraschende Einladung nach Moskau für den Bundeskanzler gegeben hatte. Die andere große Überraschung, die erst am nächsten Tag sichtbar wurde, war die konziliante und werbende Sprache der Note, die nichts mit der grobschlächtigen, im Kalten Krieg üblich gewordenen Umgangssprache gemein hatte.

Inhalt der sowjetischen Note

Der Eingangsteil der umfänglichen Note, der ersten Note, die aus Moskau direkt an die Bundesregierung adressiert war,²⁷ schildert die allgemeinen Vorteile von guten Beziehungen zwischen zwei Staaten und bringt das erste Leitmotiv, das auch in den späteren Reden der Sowjetführer während des Moskauer Treffens öfters anklang: „Es ist bekannt, daß in den Jahren, als zwischen unseren Völkern freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit bestanden, beide Länder für sich einen großen Nutzen daraus zogen, und umgekehrt brachten feindliche Beziehungen und Kriege, die es in der Vergangenheit zwischen unseren Völkern gab, unsägliches Elend, Entbehrungen und Leiden.“

Bei der Schilderung der Kriegsleiden wird sorgsam vermieden, mit Beschuldigungen gegen Bonn und den üblichen Vokabeln vom deutschen Militarismus und dem imperialistischen Angriffskrieg zu operieren. Es heißt vielmehr: „In den letzten beiden Weltkriegen haben gerade das sowjetische und das deutsche Volk die größten Opfer gebracht.“ Hier wird an die Solidarität der beiden Opfervölker appelliert, die sich davor hüten müssten, dass „in gewissen

aggressiven Kreisen einiger Staaten“ versucht wird, „die Sowjetunion und Westdeutschland gegeneinander auszuspielen“ bis hin zu einem neuen „Krieg auf dem Territorium Deutschlands unter Einsatz der neuesten Mittel zur Massenvernichtung“.

Der Höhepunkt der Note besteht in der anklingenden Hoffnung auf die Wiedervereinigung Deutschlands. Dieser Satz wurde von deutscher Seite als der wichtigste Satz dieser und der folgenden Noten angesehen und auf Drängen der Bonner Delegation auch in das Abkommen vom 13. September übernommen. Er lautet: „Die Sowjetregierung geht hierbei davon aus, daß die Herstellung und Entwicklung normaler Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Deutschen Bundesrepublik zur Lösung der ungelösten Fragen beitragen werden, die ganz Deutschland betreffen, und somit zur Lösung des gesamtnationalen Hauptproblems des deutschen Volkes – der Wiederherstellung der Einheit des deutschen demokratischen Staates – beitragen sollen.“

Es folgen Ausführungen über die Bedeutung des Handelsverkehrs und des kulturellen Austauschs, die in den Vorschlag münden, „direkte diplomatische und Handelsbeziehungen sowie kulturelle Beziehungen“ zu vereinbaren. Der Schlusssatz lautet: „Da die Regierung der Sowjetunion die Herstellung eines persönlichen Kontakts zwischen den Staatsmännern beider Länder für wünschenswert hält, würde sie es begrüßen, wenn der Kanzler der Deutschen Bundesrepublik, Herr K. Adenauer, [mit seiner Begleitung] in nächster Zeit nach Moskau kämen.“

Erste Reaktionen auf die Sowjetnote

In Bonn wurde in der Kabinettsitzung am nächsten Morgen bereits ausführlich über die Sowjetnote gesprochen. Adenauer gab zu, dass die Einladung nach Moskau auch